



IHK-Energiewende- Barometer 2022

Auswertung für Bayern



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

Inhalt

1. Energiewende in Bayern: Unternehmen ziehen Bilanz	4
2. Energiekrise: Kosten und Unsicherheiten nehmen drastisch zu	5
2.1 Enorme Preissteigerung bei Strom und Energie macht zu schaffen	5
2.2 Versorgung mit Strom, Gas und Rohstoffen gefährdet?	7
2.3 Effekte auf Beschaffung, Investition, Produktion und Wettbewerb	9
3. Einspar- und Effizienzpotentiale: Ausweg aus der Energiekrise?	10
4. Anpacken: Betriebe steigern Einsatz für Energiewende und Klimaschutz	12
4.1 Eigenversorgung und Nutzung erneuerbarer Energien	13
4.2 Betriebliche Verkehrs- und Wärmewende	13
4.3 Klimastrategie und Treibhausgasbilanzierung	14
5. Außenbeziehungen verändern sich: Unternehmen geben Impulse vermehrt weiter	17
6. Nationale CO ₂ -Bepreisung: Unternehmen sehen Instrument weniger kritisch	18
7. Forderungen an die Politik: Was die Unternehmen jetzt dringend brauchen	20

Auf einen Blick

Mit dem Energiewende-Barometer stellt die IHK-Organisation jährlich die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung vor, an der sich das Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der Organisation beteiligen. Das Barometer bildet eine Bewertung der Unternehmen zum Fortschritt der Energiewende sowie zur aktuellen Klima- und Energiepolitik ab. Die Befragung zur diesjährigen Auflage fand vom 13. Juni bis 1. Juli 2022 statt.

Grundlage der vorliegenden Auswertung sind deutschlandweit 3.514 eingegangene Antworten, davon 505 aus Bayern (Vorjahr jeweils: 2.589; 361). Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (35 %), Bau (6 %), Handel (16 %) und Dienstleistungen (43 %).

Zentrale Ergebnisse

Hinter der Wirtschaft liegen turbulente Monate voller Herausforderungen und Unsicherheiten. Zusätzlich ist der Blick in die Zukunft derzeit trüb. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine verursacht geopolitische Instabilität, große Unsicherheiten und hat eine Energie- und Rohstoffversorgungskrise ausgelöst. Die Unternehmerinnen und Unternehmer kämpfen für ihre Betriebe und unseren Wirtschaftsstandort. Mit großer Flexibilität entwickeln sie immer neue Strategien, um auf die ständigen und rasanten Veränderungen zu reagieren.

Die bayerische Wirtschaft blickt mit großer Sorge auf die aktuellen Entwicklungen in Energiewirtschaft und Politik. Steigende Stromkosten beklagt eine Rekordzahl von 77 % aller Unternehmen, bei den Energiekosten sind es 92 %. Von den befragten Betrieben gehen 44 % (Industrie 63 %) davon aus, dass sie am Standort Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Ein Teil der Unternehmen versucht, finanzielle Ressourcen zur Bewältigung der aktuellen Lage vorzuhalten und Investitionen zurückzustellen. Gleichzeitig zeichnet sich in der bayerischen Wirtschaft ein großes Engagement ab, noch stärker als bisher die eigene Energiewende und Klimaschutzstrategie umzusetzen.

Damit die Unternehmen aus der Krise einen Motor machen können, benötigen sie Unterstützung von politischer Seite. Wie in den Vorjahren ist den Unternehmen in Bayern der Einsatz der Politik für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren (70 %) am wichtigsten. Strompreisentlastungen sind zudem dringend gefordert – zwei Drittel der Industriebetriebe und 69 % im Handel sehen das so. Ferner plädieren die Unternehmen für Technologieoffenheit und Entbürokratisierung.



ENERGIEWENDE
Zunehmende Auswirkung auf Wettbewerbsfähigkeit



PREISE
Steigende Strom- und Energiekosten belasten den Wirtschaftsstandort enorm



BETRIEBLICHE MAßNAHMEN
Unternehmen packen an, um auch in der Krise zukunftsfähig zu wirtschaften



NATIONALE CO₂-BEPREISUNG
Intransparente Kosteneffekte, ungenügende und zu bürokratische Entlastungen



CO₂-FOOTPRINTING
Treibhausgasbilanzierung unter den Top-Maßnahmen zur Reaktion auf Entwicklungen in Energiewirtschaft und -politik



POLITIK
Abbau von bürokratischen und personellen Engpässen bei Genehmigungsverfahren dringender denn je

1. Energiewende in Bayern: Unternehmen ziehen Bilanz

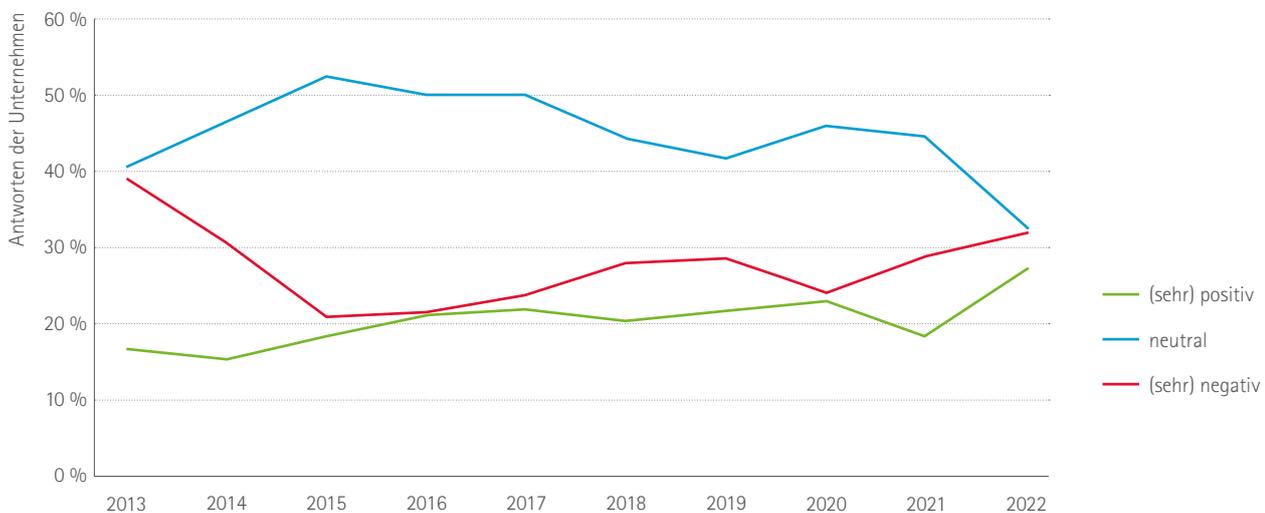
Die Entwicklungen in Energiewirtschaft und -politik haben in den letzten Monaten überdurchschnittlich viele Unternehmen beschäftigt. Dies zeigt sich bereits an der Antwortzahl zur diesjährigen Umfrage. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs die Umfragebeteiligung um rund 40 %¹. Nur ein Drittel der befragten Betriebe schreibt der Energiewende keine Effekte auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu – so wenige wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen vor 10 Jahren.

Abb. 1 zeigt: Gleichzeitig haben sich 2022 die Anteile sowohl derer erhöht, die die Energiewende als Wettbewerbsgefahr einschätzen, als auch derer, die in ihr eine Chance sehen. Dies spiegelt die große Unsicherheit und heterogene Betroffenheit in der Wirtschaft durch die aktuelle Energieversorgungs Krise wider.

Knapp ein Drittel aller befragten bayerischen Unternehmen fürchtet die Effekte der Energiewende und schätzt sie „(sehr) negativ“ ein. So viele kritische Bewertungen wie seit 2013 nicht mehr. Andererseits sehen so viele Befragte wie nie seit Aufzeichnungsbeginn in der Energiewende eine Lösung: 27 % hoffen auf „(sehr) positive“ Effekte.

Während einerseits der enorme Kostenzuwachs, drohende Versorgungsengpässe und Planungsunsicherheit die Unternehmen akut und massiv belasten, wächst andererseits der Wunsch nach zügigem Vorankommen bei der Energiewende, der Erschließung unabhängiger und erneuerbarer Erzeugungsquellen.

Abb. 1²: Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit



Im Schnitt aller Branchen und Unternehmensgrößen, sehen die Unternehmen etwas mehr Risiken als Chancen in der Energiewende: Sie stufen deren Auswirkungen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einem negativen Barometerwert von $-3,4^3$ ein. Das ist etwas weniger pessimistisch als im Vorjahr ($-7,5$). Während die Auftragsbücher im Bau- ($+3,85$) und Dienstleistungssektor ($+2,01$) von energiepolitischen Maßnahmen, wie z. B. Sanierungs- und Berichtspflichten, profitieren, machen sich Industrie ($-10,58$) und Handel ($-16,20$) große Sorgen um ihre Geschäfte.

In der Industrie hängt die Wettbewerbsfähigkeit vergleichsweise stark von energie- und klimapolitischen Entwicklungen sowie einer sicheren Energieversorgung ab, da der Anteil der Energie an der gesamten Wertschöpfung und Wertschöpfungskette hoch ausfällt. Im Handel bereiten die Nachwirkungen der Corona-Krise, lahmgelegte Lieferketten und steigende Klimaschutzauflagen Kopfschmerzen.

¹ Die Anteile der Umfrageteilnehmer sind nach Branchen im Wesentlichen gleichgeblieben. Durch den starken Beteiligungszuwachs kann die Vergleichbarkeit der Umfrageergebnisse mit den Ergebnissen der Vorjahresumfragen dennoch eingeschränkt sein. Unternehmen sind – je nach Größe, Sektor, Geschäftsstrategie etc. – sehr unterschiedlich von energie- und klimapolitischen Entwicklungen betroffen.

² Alle Abbildungen in vorliegender Broschüre sind eigene Darstellungen auf Basis der Datenerhebung des IHK-Energiewende-Barometers 2022.

2. Energiekrise: Kosten und Unsicherheiten nehmen drastisch zu

Im Rahmen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der EU-Wirtschaftssanktionen drosselte Russland den Export von Erdgas nach Europa. In Deutschland liefen die Gasspeicher leer, eine für den Winter 2022/23 ausreichende Wiederbefüllung ist teuer und Stand September 2022 noch nicht abgeschlossen. Dies führt zu horrenden Preissteigerungen an den Energiemärkten. Zudem ist auch die mengenmäßig ausreichende Versorgung von Gesellschaft und Wirtschaft mit Gas über den kommenden Winter nicht gesichert. Sollte die dritte Stufe des Bundes-Notfallplans Gas ausgerufen werden, ist ein staatliches Eingreifen in den Markt und ein Abschalten einzelner Kunden nicht auszuschließen. Auch die Versorgung mit Strom, Rohstoffen und Materialien zu wettbewerbsfähigen Preisen ist derzeit nicht mehr sichergestellt.

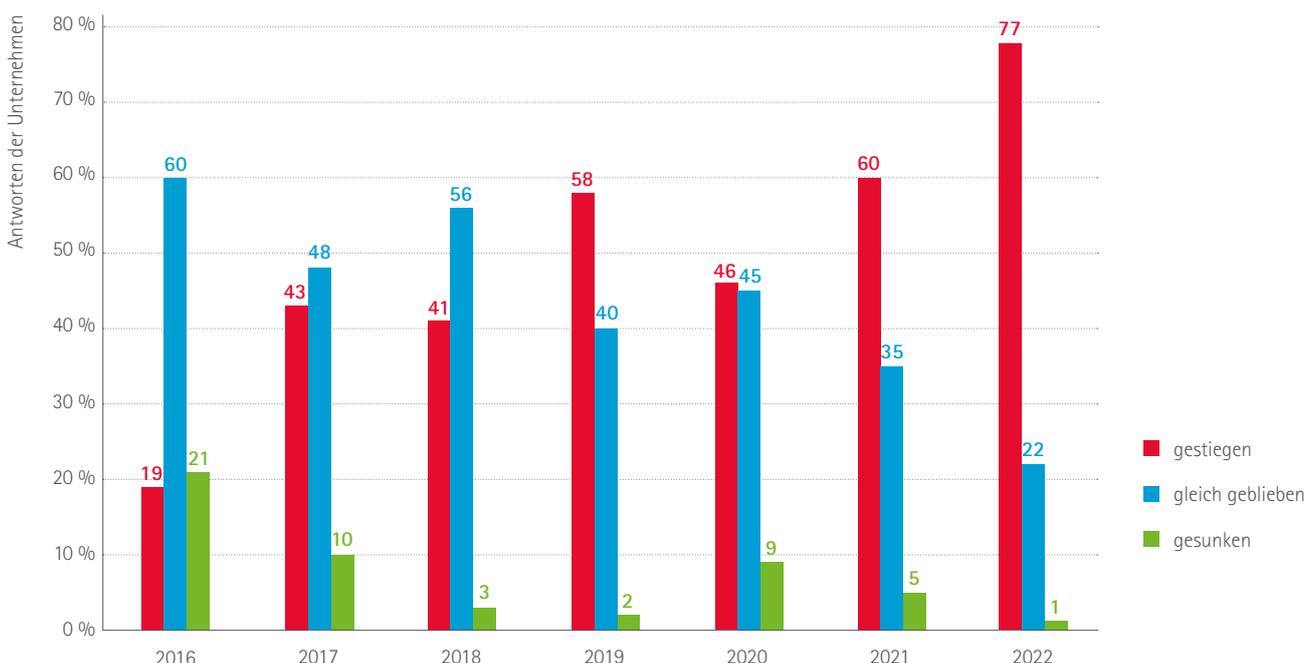
2.1 Enorme Preissteigerung bei Strom und Energie macht zu schaffen

Vor allem für im internationalen Wettbewerb stehende Industriestromkunden stellte die Kostenlast bei Strom schon vor der aktuellen Energiekrise zunehmend eine Gefahr dar. In Deutschland wird der Strompreis für Endkunden erheblich von staatlich veranlassenen Steuern, Abgaben und Umlagen bestimmt. Die IHKs in Bayern fordern schon lange Entlastungen.

2021 hatte die Regierung die EEG-Umlage zunächst gedeckelt, um die Nachwirkungen der Corona-Pandemie auf den Strommarkt abzufedern, und die Umlage schließlich zu Juli 2022 abgeschafft. Dies wirkt in der aktuellen Situation zwar dämpfend auf den Strompreis, verschiedene andere Faktoren überlagern diesen Effekt aber deutlich. So sind die Netzentgelte im Vorjahresvergleich gestiegen, das Gleichgewicht aus Angebot und Nachfrage ist nach der Corona-Krise noch nicht vollständig wiederhergestellt und durch den zunehmenden Erdgaseinsatz in der deutschen Stromproduktion wirkt sich der russische Krieg in der Ukraine preistreibend aus.

Abb. 2 zeigt: Dies macht sich deutlich in den Umfrageergebnissen bemerkbar. Eine Rekordzahl bayerischer Unternehmen, gut 77 % aller 2022 Befragten, beobachtete über die vorhergehenden 12 Monate einen Anstieg bei den Stromkosten. Das ist noch einmal ein Anstieg von 17 %-Punkten im Vergleich zum bereits hohen Vorjahresergebnis. Nur für rund ein Fünftel der Betriebe gibt es noch Schonfrist – für sie sind die Preise bislang gleichgeblieben.

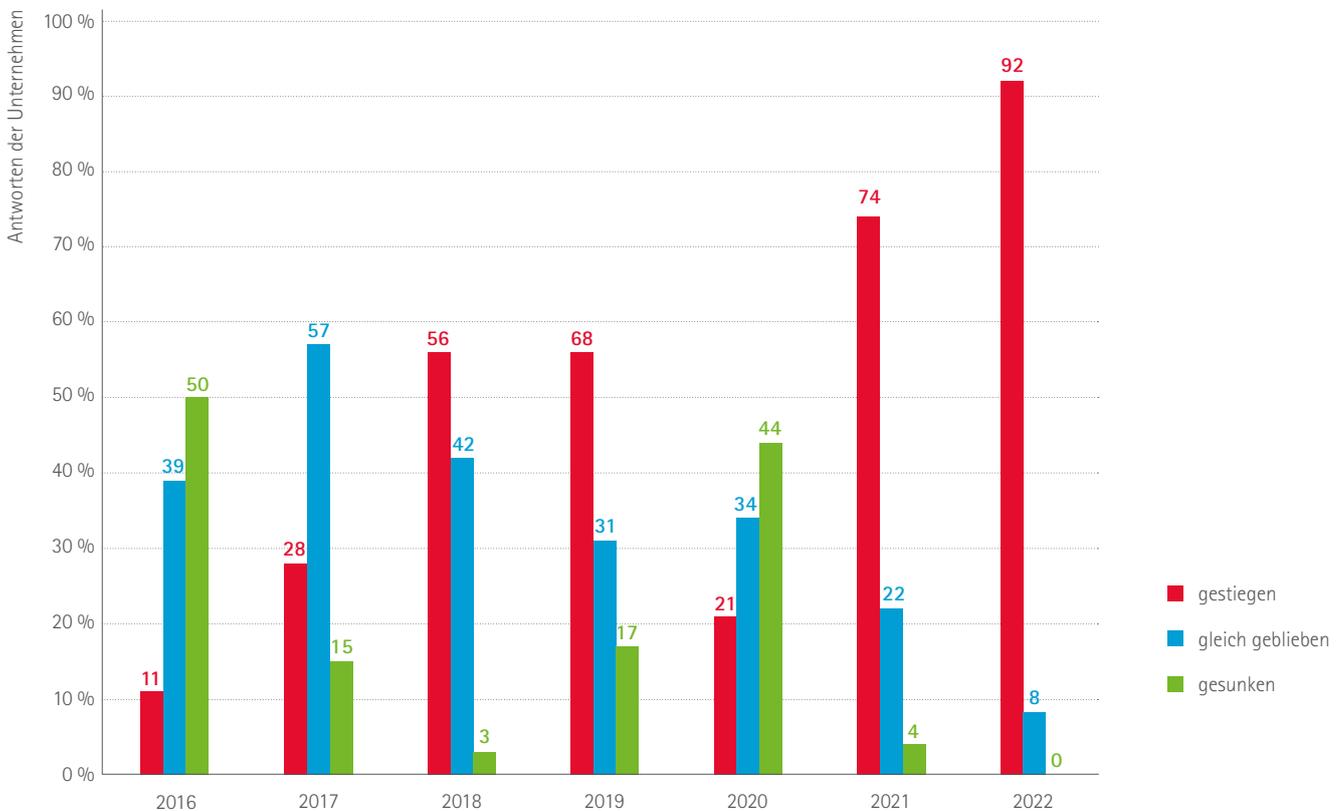
Abb. 2: Beobachtete Entwicklung der Strompreise in den vorangegangenen 12 Monaten



³ Der Wert beruht auf Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?“, wobei die Einschätzung „sehr negativ“ mit -100, „negativ“ mit -50, „neutral“ mit 0, „positiv“ mit +50 und „sehr positiv“ mit +100 in die Berechnung der durchschnittlichen Bewertung eingeht. Bei einem Durchschnittswert von 0 sind positive und negative Bewertungen ausgeglichen oder nur neutrale Bewertungen vorgenommen worden. Bei einem Wert von +100 hätten alle Befragten mit „sehr positiv“, bei -100 mit „sehr negativ“ geantwortet (IHK-Energiewende-Barometer 2022, DIHK-Auswertung Gesamtdeutschland).

Während im Dienstleistungs- und Bausektor bereits 80 % die Strompreissteigerungen deutlich spüren, berichten im Handel noch gut 30 % und in der Industrie noch ein Viertel der befragten Betriebe von Preisstabilität. Je nach Beschaffungsstrategie schlagen sich Preisänderungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten und unterschiedlich stark auf die Unternehmen durch. In der Industrie sind aufgrund hoher Abhängigkeit von stromintensiven Prozessen langfristig orientierte Beschaffung und entsprechende Verträge mit Stromlieferanten weiter verbreitet als in anderen Wirtschaftssektoren.

Abb. 3: Beobachtete Entwicklung der Energiepreise insgesamt (außer Strom) in den vorangegangenen 12 Monaten

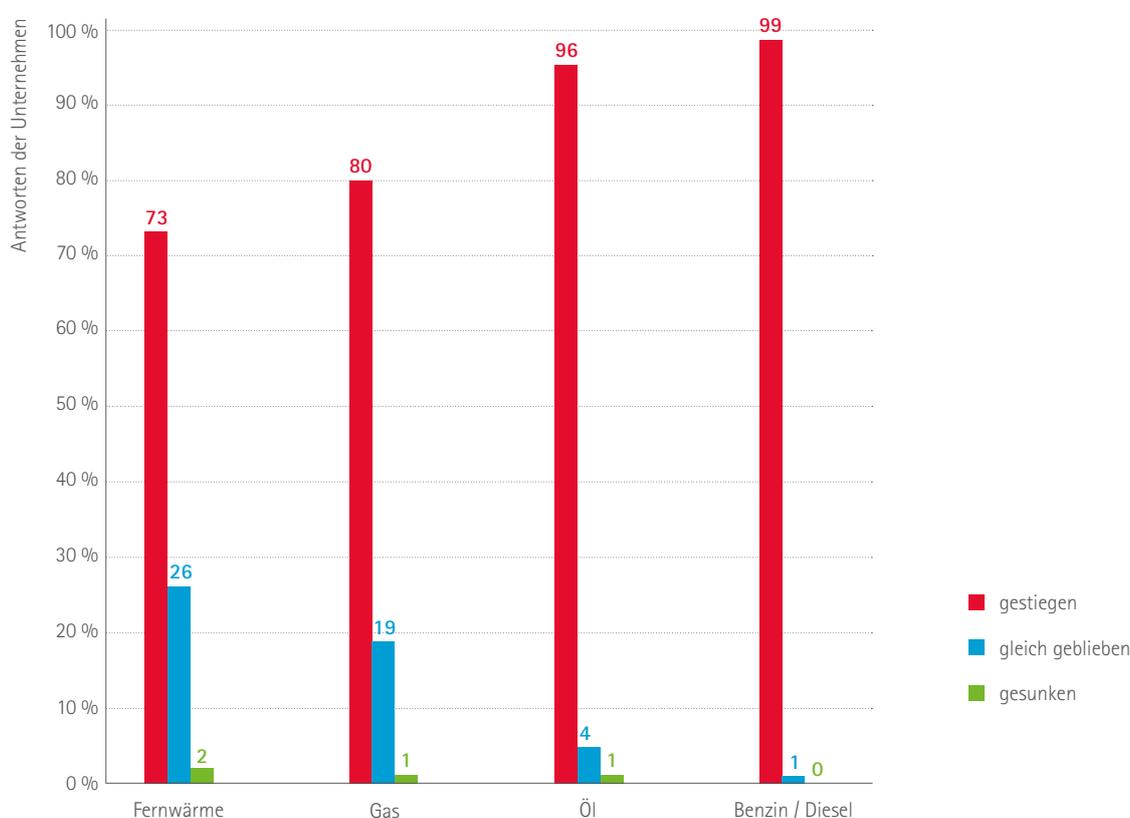


Auch bei den Energierohstoffen wie Gas, Öl und Kohle sind enorme Preissteigerungen zu verzeichnen (vgl. Abb. 3). Der Nachfrageanstieg nach den Corona-Lockdowns und die 2021 in Kraft getretene nationale CO₂-Bepreisung auf fossile Brennstoffe konfrontierten bereits im Vorjahr rund drei Viertel der Betriebe mit höheren Preisen. Durch den russischen Angriff auf die Ukraine, der damit verbundenen Beeinflussung von Lieferketten und Drosselung des Erdgaszuflusses nach Europa hat sich die Lage noch weiter verschärft: 92 % aller bayerischen Unternehmen berichten einen Anstieg bei ihren Energiekosten in den vorhergehenden 12 Monaten. Für nur rund 8 % blieb der Preis gleich. Kein Unternehmen verzeichnete eine Preissenkung.

Aus Abb. 4 gehen die Preissteigerungen nach Energieträgern hervor. Am wenigsten stark betroffen war die Fernwärme, bei deren Bezug trotz allem fast drei Viertel der bayerischen Unternehmen einen Anstieg bemerkten.

Der Aspekt schwankender Energiepreise besorgt die Wirtschaft zunehmend. Über 70 % der 2022 befragten bayerischen Unternehmen geben an, dass Energiepreisschwankungen in den vorhergehenden 12 Monaten für sie an Bedeutung gewonnen haben (Industrie: 82 %). Der Höchstwert aus dem Vorjahr wurde damit um über 40 %-Punkte übertroffen.

Abb. 4: Beobachtete Entwicklung der Energiepreise nach Energieträgern (außer Strom) in den vorangegangenen 12 Monaten



2.2 Versorgung mit Strom, Gas und Rohstoffen gefährdet?

Ein Blick auf den aktuellen SAIDI (System Average Interruption Duration Index) gibt Aufschluss über die Stromversorgungssicherheit in Bayern.⁴ Während der Index 2017 mit 15,58 Minuten durchschnittlicher jährlicher Unterbrechung auf einem vergleichsweise hohen Niveau lag, nahm er seither tendenziell ab und lag 2020 noch bei 8,64 Minuten. Das ist der zweitniedrigste Wert im Vergleich aller Bundesländer und der niedrigste Wert seit 2008 für Bayern.⁵ Aktuellere Zahlen liegen Stand September 2022 nicht vor. Aufgrund der ungewöhnlichen Lage lassen diese Daten nicht darauf schließen, dass die Situation in den Jahren 2021 und 2022 ähnlich stabil ist.

Von den 2022 befragten bayerischen Unternehmen gaben 10 % an, Stromausfällen unter drei Minuten ausgesetzt gewesen zu sein. Gut 8 % beobachteten längere Ausfälle. In der Industrie waren es rund 19 % bzw. 10 %. Das sind jeweils etwas weniger als in der Vorjahresumfrage. Während vor der Corona-Pandemie noch ein Fünftel der Betriebe im Industriesektor über durch Stromversorgungsunterbrechungen verursachte Produktionsbeeinträchtigungen klagte, sind es in der diesjährigen Umfrage lediglich rund 14 % (Vorjahr 15 %).⁶

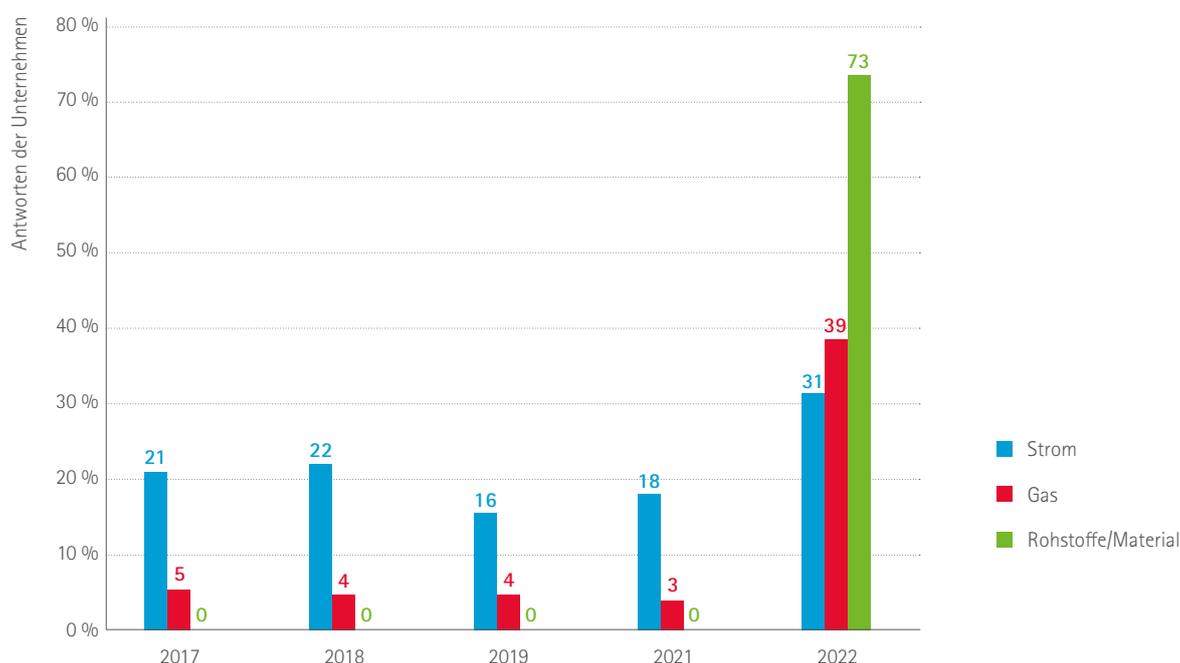
⁴ Der SAIDI misst die jährliche Versorgungsunterbrechung im Schnitt je angeschlossenem Letztverbraucher bei Unterbrechungen von über 3 Minuten.

⁵ Bundesnetzagentur 2021. Kennzahlen der Versorgungsunterbrechungen Strom. https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/Versorgungsunterbrechungen/Auswertung_Strom/start.html

⁶ Pandemie- und kriegsbedingte Betriebsbeeinträchtigungen können das diesjährige Ergebnis beeinflusst haben.

Trotz der derzeit stabilen und im weltweiten Vergleich guten Lage in Deutschland und Bayern, rückt das Thema Störung der Stromversorgung bei den Unternehmen immer stärker in den Fokus (vgl. Abb. 5). Fast ein Drittel (31,1 %) der Unternehmen messen diesem Aspekt mehr Bedeutung zu als vor einem Jahr – ein Rekordwert und ein Plus von gut 13 %-Punkten zu 2021.

Abb. 5: Zunahme der Bedeutung von Versorgungsstörungen in den vorangegangenen 12 Monaten



Hinweis: Die Frage wurde 2020 aufgrund der Corona-Lage nicht gestellt. Versorgungsstörungen bei Rohstoffen und Material wurden 2022 erstmals abgefragt.

Die Gasversorgungssicherheit beschäftigt die Wirtschaft ebenfalls deutlich stärker als bislang: Für rund 39 % aller befragten Unternehmen (Industrie: 53 %) haben mögliche Störungen bei der Gasversorgung in den vorausgehenden 12 Monaten an Relevanz gewonnen. Das ist ebenso ein Rekord und ein Plus von 28 %-Punkten zum Vorjahr. Unterbrechungen von Material- oder Rohstoffströmen bereiten den Betrieben zusätzlich große Sorgen. Knapp drei Viertel der bayerischen Unternehmen geben an, dass dieser Faktor im vergangenen Jahr für ihre Geschäfte an Wichtigkeit gewonnen hat. Dies spiegelt die krisenbedingten Unsicherheiten an den globalen Märkten und in den Lieferketten wider.

Diese Versorgungsunsicherheiten sind für die Unternehmen geschäftsbedrohend. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass drei Viertel der Befragten nach eigenen Angaben noch keine Maßnahmen umgesetzt haben, um sich gegen einen Gas-Lieferstopp abzusichern. Auf Strom-Ausfälle ist gut die Hälfte nicht vorbereitet (ca. Vorkrisen-Niveau). Sogar im Industriesektor, wo Lieferunterbrechungen besonders kritisch sein können, machen 55 % bzw. 45 % diese Angaben.

Vorkehrungen für Lieferstopps sind für Unternehmen mitunter schwierig oder in der kurzen Frist unmöglich. Neben finanziellen und personellen Engpässen gilt es technologische, vertragliche und genehmigungsrechtliche Hürden zu überwinden. Letzteres zum Beispiel in Form langwieriger Genehmigungsverfahren bei einer Brennstoffumstellung („Fuel Switch“) – bspw. von Gas auf Öl.

2.3 Effekte auf Beschaffung, Investition, Produktion und Wettbewerb

Nicht immer ist der Umbau der Energie- und Stromversorgung (s. Kapitel 4) kurzfristig und zu wettbewerbsfähigen Kosten möglich. Unternehmen müssen dann anderweitig Vorkehrungen treffen, um die Preissteigerungen und drohenden Versorgungslücken abzufedern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu schützen. Dazu gehört, die eigene Beschaffungs- und Investitionsstrategie zu prüfen.

Wie prekär die aktuelle Beschaffungssituation ist, zeigt sich beim Gas: rund 46 % der Unternehmen haben zum Zeitpunkt der Umfrage für 2022 10 % oder mehr ihres jährlichen Bedarfes noch nicht eingekauft. In der Industrie ist es sogar die Hälfte. Fast ein Drittel aller Betriebe muss noch 30 % oder mehr zukaufen (Industrie: 38 %). Dies stellt angesichts der aktuellen Preise ein enormes Kostenrisiko dar.

Anpassungen an der Beschaffungsstrategie, z. B. ein Lieferanten- oder Versorgerwechsel, gestalten sich derzeit schwierig. Auch versorgerseitig bestehen große Unsicherheiten und Kostenrisiken. Unternehmen, die Verträge verlängern oder neu abschließen wollen, bekommen oftmals keine Angebote mehr oder können die gesetzten Preise nicht tragen.

In der Industrie ist die Wahl der Beschaffungsstrategie für Energieprodukte ein besonders wichtiger Wettbewerbsfaktor. Langfristige Lieferbeziehungen sind bei Industrieunternehmen vergleichsweise beliebt, mit steigender Tendenz seit der Corona-Krise: 2022 geben rund 70 % an, langfristige Verträge zu planen oder zu halten (Gesamtwirtschaft: gut die Hälfte). Rund 56 % befassen sich außerdem mit der Beschaffung in Tranchen.⁷ Auf kurzfristige Käufe setzen rund 42 %. Eine seriöse (Neu-)Ausrichtung der Beschaffungsstrategie ist angesichts der extremen Preissteigerungen und -volatilitäten auf den kurz- und langfristigen Energiemärkten derzeit kaum möglich.

Mit dem Zurückfahren der eigenen Produktion oder der (Teil-)Aufgabe von Geschäftsbereichen aufgrund der aktuellen energiewirtschaftlichen Entwicklungen beschäftigen sich laut Umfrage 11 % der bayerischen Unternehmen. In der Industrie sind es mit 14 % etwas mehr. Allerdings ist die Kostenlast bei Strom und Gas für Unternehmen inzwischen so hoch, dass 44 % der 2022 Befragten davon ausgehen, am Standort Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig agieren zu können. In der Industrie schätzen fast zwei Drittel (63 %) ihre eigene Lage so ein.

Abb. 6: Effekte der höheren Ausgaben für Strom und/oder Gas auf Investitionen und Wettbewerb (Mehrfachnennungen möglich)



Die Unternehmen versuchen daher, ihre finanziellen Ressourcen zur Bewältigung der aktuellen Lage vorzuhalten. Aus Abb. 6 geht hervor, dass mehr als ein Viertel aller befragten Unternehmen Investitionen in Kernprozesse zurückstellt, knapp ein Fünftel gibt erstmal nichts mehr für den Klimaschutz aus und 14 % setzen Investitionen in Forschung und Entwicklung aus.

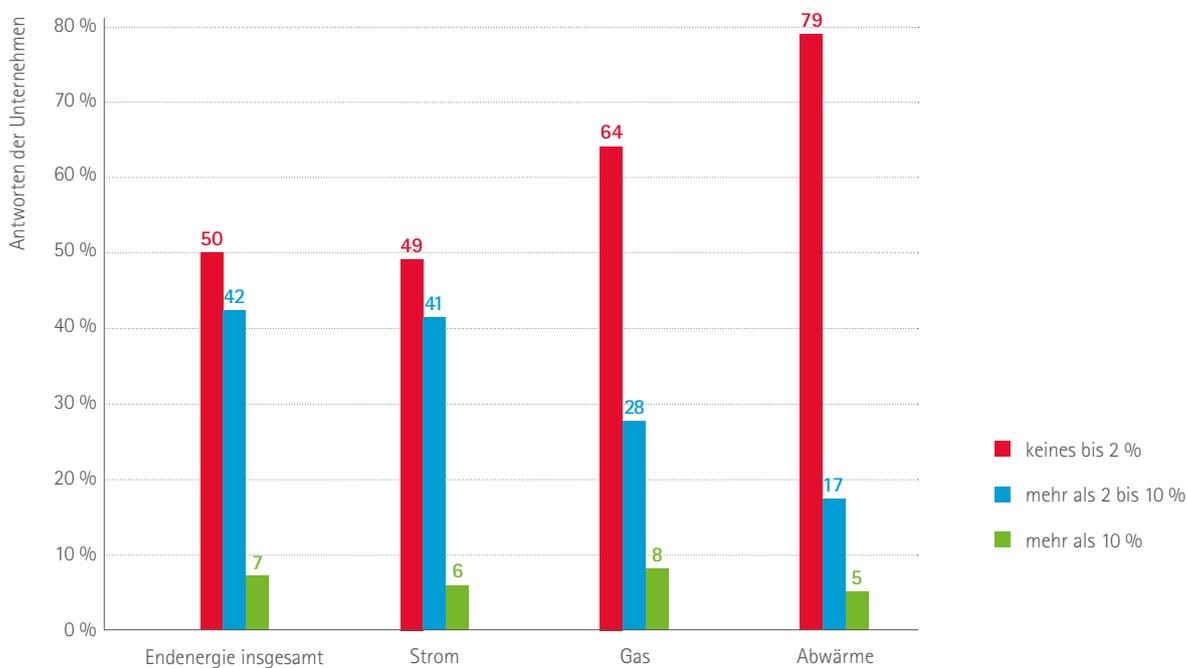
⁷ Beschaffung in Tranchen bedeutet, dass der Einkauf nicht zu einem festen Stichtag, sondern zu mehreren Zeitpunkten in Teilmengen erfolgt. Diese Strategie dient, vor allem bei großem Energiebedarf, der Minimierung von Marktrisiken.

3. Einspar- und Effizienzpotentiale: Ausweg aus der Energiekrise?

Die bayerische Wirtschaft arbeitet seit vielen Jahren an der Optimierung ihres Energieverbrauches. Durch die aktuelle Energieversorgungslage hat es für zwei Drittel der Industrieunternehmen und 63 % aller Betriebe allerdings nochmal an Relevanz gewonnen, Energie weiter einzusparen. Ein Rekordwert. Gleichzeitig ist das Einsparpotential begrenzt, wie aus Abb. 7 ersichtlich wird.

Die Hälfte der befragten Unternehmen sieht bei ihrem gesamten Endenergieverbrauch kein bis maximal 2 % Einsparpotential in den nächsten fünf Jahren. Die Potentiale wurden in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgeschöpft. 2014 gaben nur rund 31 % an, ihren Energieverbrauch nicht mehr oder um max. 2 % optimieren zu können.

Abb. 7: Einsparpotentiale, die die Unternehmen in den kommenden fünf Jahren sehen



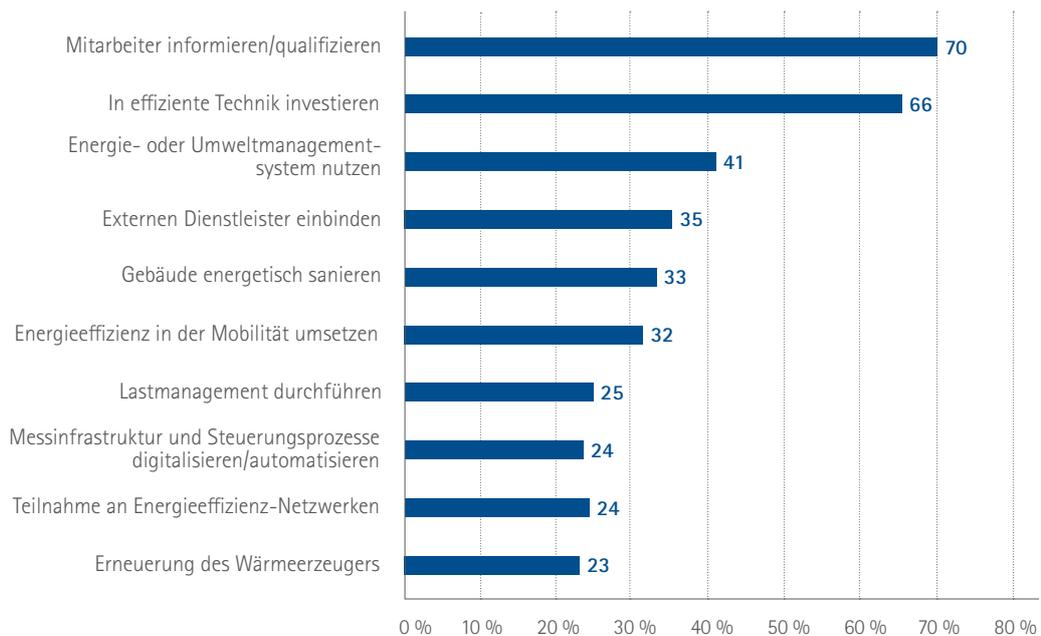
Am meisten ausgeschöpft ist das Einsparpotential bei der Abwärme: 2022 geben fast 80 % der bayerischen Betriebe an, in den nächsten 5 Jahren kein oder bis maximal 2 % Einsparpotential zu sehen. Rund die Hälfte der Befragten machen bei Strom diese Einschätzung. Im Zuge der Gasversorgungskrise erstmals abgefragt wurde das Einsparvermögen bei Gas. Nicht einmal jedes zehnte Unternehmen schätzt es auf mehr als 10 %. Rund 64 % sehen keine oder nur geringe Optionen, ihren Gasverbrauch weiter zu senken.

Angesichts des noch bestehenden Beschaffungsbedarfs für 2022 (s. Kapitel 2.3), der aktuellen Preise und unklaren weiteren Versorgungslage sind dies keine guten Nachrichten.

Die Steigerung der Energieeffizienz ist ein wichtiger Hebel, um Energie einzusparen. In der Industrie gaben in den Umfragen der vergangenen 10 Jahre bereits zwischen 80 und 95 % der befragten Unternehmen an, Effizienzmaßnahmen in Planung und Umsetzung oder bereits abgeschlossen zu haben. „Low-Hanging-Fruits“ sind daher oftmals geerntet, vor allem in Produktionsprozessen sind immer weniger Potentiale für größere Einsparungen vorhanden. Weitere Optimierungen sind technisch oft schwer umsetzbar, kostenintensiv oder erfordern tiefergehende strategische Anpassungen. Aktuell beschäftigen sich die Firmen zunehmend mit der Optimierung von Service-Prozessen.

Aus Abb. 8 geht hervor, welche Effizienzmaßnahmen in der bayerischen Wirtschaft besonders vorangetrieben werden.

Abb. 8: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die von min. 20 % der 2022 befragten Betriebe durchgeführt werden (Mehrfachnennungen möglich)



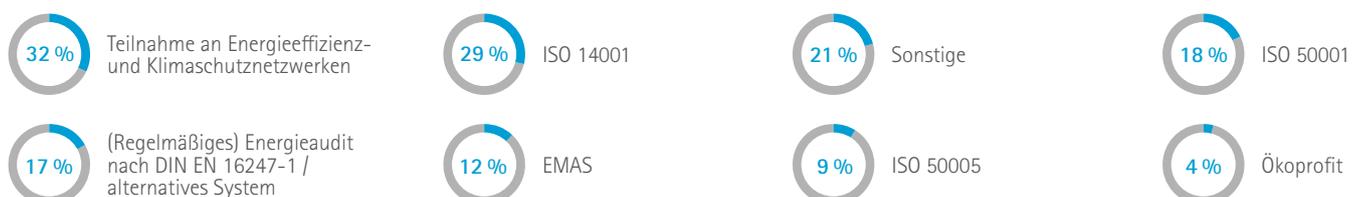
Hinweis: Bislang wurde die Anwendung von Energie- oder Umweltmanagementsystemen getrennt abgefragt, entsprechend ist kein Vorjahreswert in konsolidierter Form verfügbar.

Antworten der Unternehmen

Größere Zuwächse oder Einbrüche beim Engagement der Unternehmen sind im Vergleich zum Vorjahr nicht ersichtlich, was bestätigt, dass sie schon länger und stetig an Effizienz-Themen arbeiten. Lediglich bei den Maßnahmen in der Mobilität ist ein deutlicher Rückgang der Aktivitäten zu verzeichnen. Das Auslaufen von Förderungen im (gewerblichen) E- und Hybrid-Bereich sowie die Unsicherheiten hinsichtlich künftiger Preisentwicklungen sowohl an den Märkte für fossile Brennstoffe als auch am Strommarkt lassen Unternehmen aktuell zögern. Je gut ein Drittel der befragten Unternehmen setzt auf externe Unterstützung, um effizienter zu werden, oder geht die energetische Sanierung seiner Gebäude an.

Gut 40 % der Unternehmen in Bayern verwenden ein Energie- oder Umweltmanagementsystem, um an der Effizienz ihres Energieverbrauches zu arbeiten. Die Zertifizierung nach dem Umweltstandard DIN EN ISO14001⁸ wird besonders häufig verwendet – 29 % der Unternehmen setzen darauf (vgl. Abb. 9). Knapp ein Fünftel nutzt DIN EN ISO 50001.⁹ Neben zertifizierten Managementsystemen vertrauen die Unternehmen vor allem auf Know-How-Austausch und Kooperation, um ihren Energieverbrauch effizienter zu gestalten. Ein Drittel der Unternehmen gibt an, sich einem Energieeffizienz- oder Klimaschutznetzwerk angeschlossen zu haben.

Abb. 9: Instrumente, die die Unternehmen für ihr Energie- und Umweltmanagement nutzen (Mehrfachnennungen möglich)



⁸ ISO14001 ist ein seit 1996 weltweit geltender Standard, an dem Unternehmen ihr Umweltmanagement ausrichten können.

⁹ ISO 50001 ist ein seit 2011 international anerkannter Standard für systematisches betriebliches Energiemanagement.

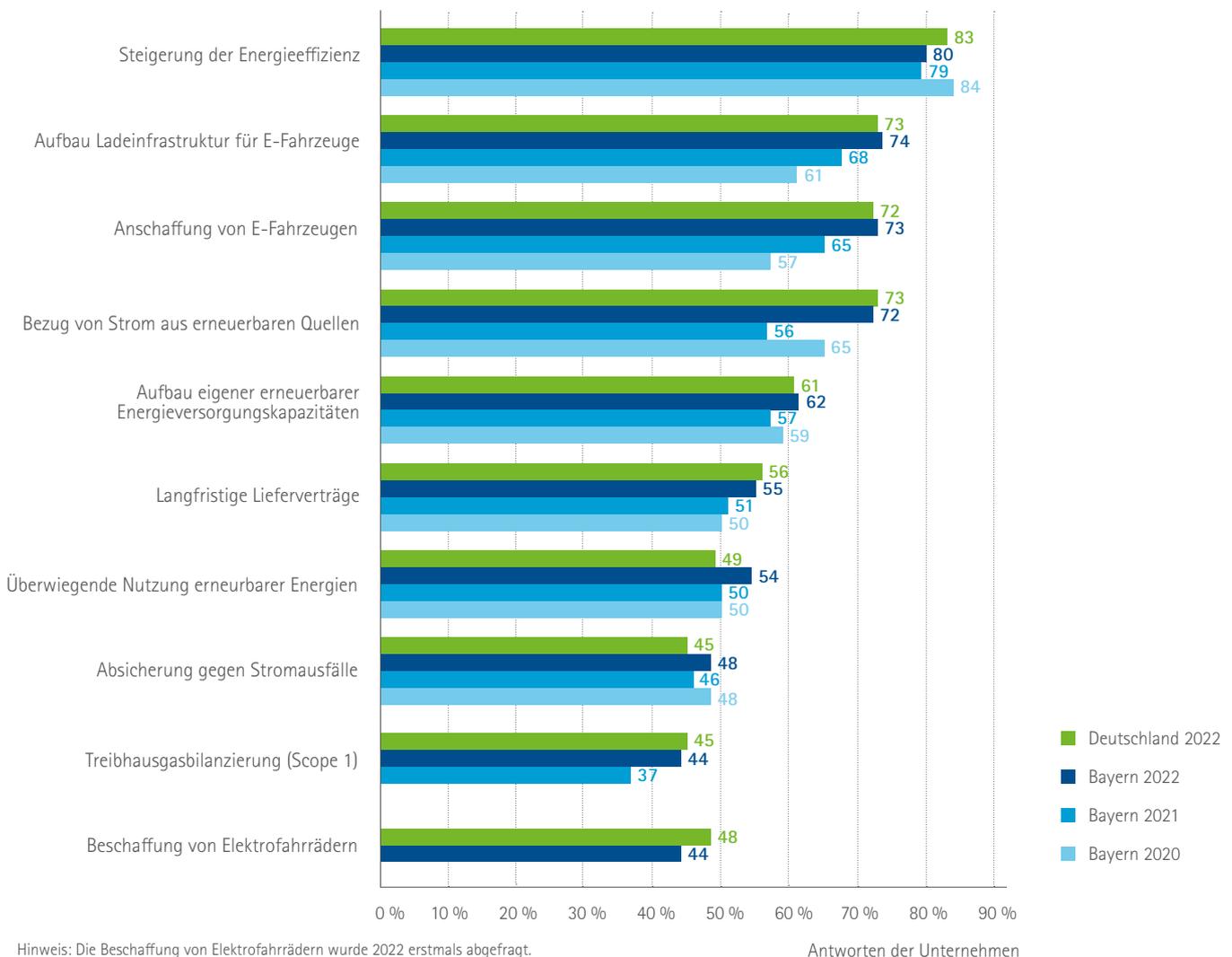
4. Anpacken: Betriebe steigern Einsatz für Energiewende und Klimaschutz

Trotz zusätzlicher Kostenlast sowie großer Unsicherheit durch die Corona-Pandemie und die neuen energie- und klimapolitischen Maßnahmen hatten die bayerischen Betriebe in den vergangenen beiden Jahren weiter Kurs bei Klimaschutz und Energiewende gehalten.

Abb. 10 zeigt deutlich: Dieser Trend hält auch in Zeiten der Energieversorgungskrise an. Bei allen Maßnahmen, die die Unternehmen zur Anpassung an Entwicklungen in Energiewirtschaft und -politik am häufigsten angehen, haben sie ihr Engagement seit dem letzten Jahr gesteigert.

Besonders hoch im Kurs stehen nach wie vor Energieeffizienzmaßnahmen. Dort ist der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr allerdings am geringsten. Effizienzpotentiale sind bei vielen Unternehmen schon ausgeschöpft (s. Kapitel 3). Im diesjährigen Barometer geben rund 80 % der Befragten an, sich mit Energieeffizienzmaßnahmen zu befassen oder entsprechende Maßnahmen bereits abgeschlossen zu haben – ein krisenfester Umfragewert (2021: 79 %; 2020: 84 %; 2019: 80 %). In der Industrie machen sogar rund 92 % diese Angabe.

Abb. 10: Top 10 Maßnahmen zur Reaktion auf Veränderungen in Energiewirtschaft und -politik, die geplant, in Umsetzung oder schon realisiert sind (Mehrfachnennungen möglich)



4.1 Eigenversorgung und Nutzung erneuerbarer Energien

Durch die stetige Verteuerung der Strom- und Gaspreise in den vergangenen Monaten sowie zunehmende Versorgungsunsicherheiten beschäftigten sich die Unternehmen nochmals mehr mit Themen rund um die (Eigen-)Versorgung mit erneuerbarer Energie: Fast drei Viertel der Befragten (72 %) beziehen Strom aus erneuerbaren Quellen oder planen dies – ein Plus von 16 %-Punkten zum Vorjahr. 62 % haben eigene erneuerbare Energieversorgungskapazität aufgebaut oder haben es vor (plus 5 %-Punkte). Mehr als jedes Zweite setzt inzwischen überwiegend auf die Nutzung erneuerbarer Energien (plus 4 %-Punkte). Die Industrieunternehmen sind in all diesen Bereichen noch aktiver als der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt.

Äquivalent dazu steigt die Befassung mit Stromspeichern: Rund 38 % der befragten Unternehmen planen, sich einen solchen anzuschaffen oder besitzen bereits eigene Speicherkapazitäten. Ebenso ein deutliches Plus von rund 7 %-Punkten zum Vorjahr und ein Rekordwert.

Auf den Einsatz von wasserstoffbasierten Prozessen und Technologien setzen knapp 13 % der Gesamtwirtschaft. Allerdings stecken knapp 12 % noch in der Planung und lediglich gut 1 % der Unternehmen setzt Wasserstoff-Maßnahmen bereits um oder hat sie schon realisiert. Hier hat sich in den vergangenen zwei Jahren nicht viel getan (Abfrage im Zweijahres-Rhythmus). Wasserstofftechnologien sind oftmals noch nicht ausgereift, erfordern langwierige Planungs- und Pilotphasen und gehen mit hohem Kapitaleinsatz sowie langen Investitionszyklen einher.

Neben dem Schwerlastverkehr ist grüner Wasserstoff vor allem im industriellen Bereich interessant, um energieintensive Prozesse zu dekarbonisieren. Mehr als ein Fünftel (21 %) der Industriebetriebe gibt 2022 an, Maßnahmen zur Wasserstoffnutzung zu planen, bereits umzusetzen oder Wasserstoff schon einzusetzen. 2020 waren es mit gut 11 % noch wesentlich weniger.

4.2 Betriebliche Verkehrs- und Wärmewende

Beim Umrüsten des Fuhrparks legten die Betriebe deutlich einen Zahn zu. Im Vorjahr hatten jeweils rund zwei Drittel angegeben, die Beschaffung von E-Ladeinfrastruktur sowie E-Fahrzeugen zu planen oder bereits entsprechende Anschaffungen getätigt zu haben. 2022 sind es jeweils schon knapp drei Viertel. Preissteigerungen bei Benzin und Diesel (vgl. Abb. 4) sowie steigende Klimaschutzambitionen und CO₂-Kosten liegen diesen Entscheidungen zugrunde.

Rund 29 % der Unternehmen wollen ihren Fuhrpark auf andere alternative Antriebe umstellen oder haben bereits umgerüstet. Gut ein Viertel stärkt die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs. Auf Elektrofahrräder setzen bereits 44 % der bayerischen Unternehmen.

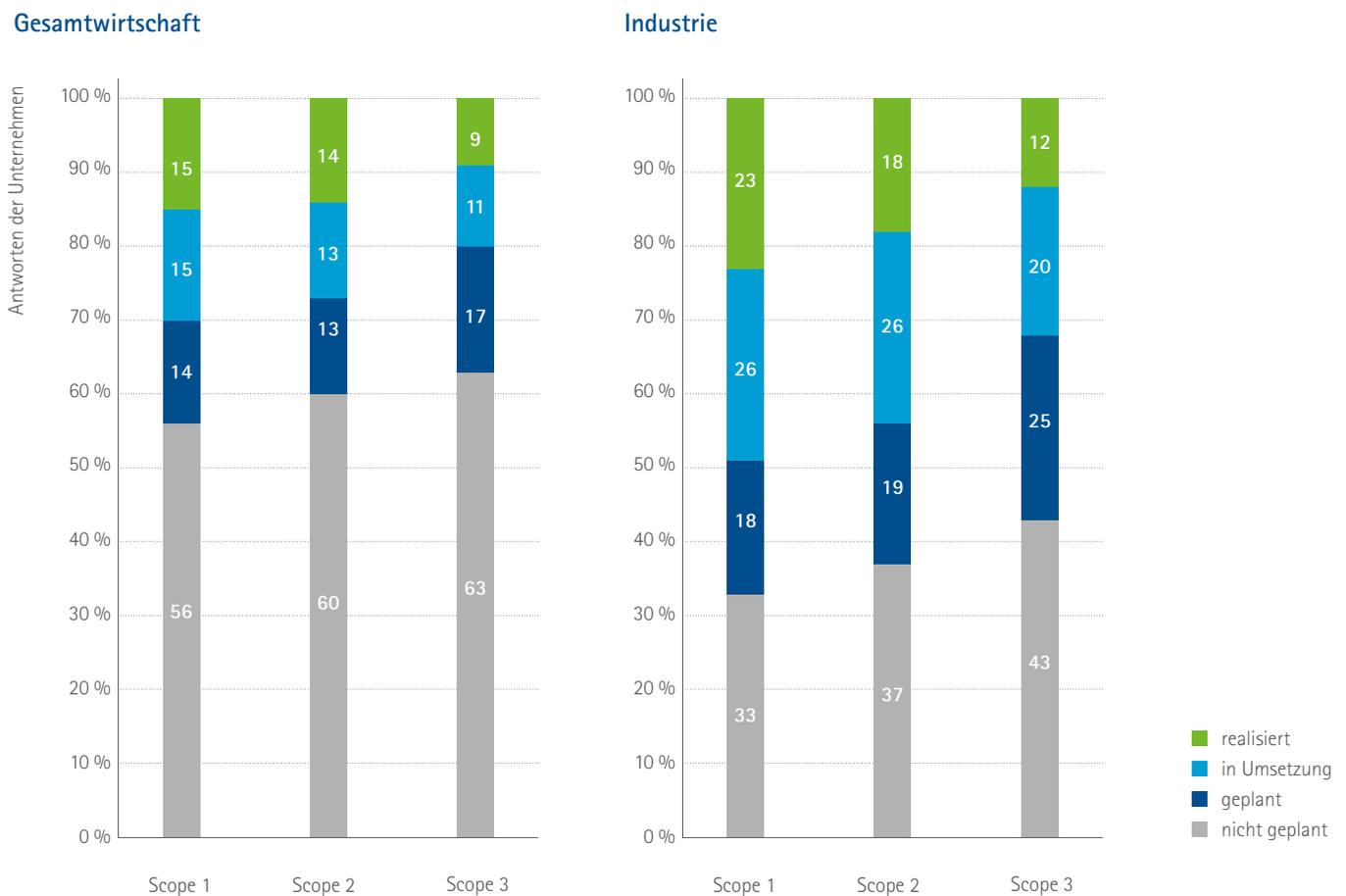
Im Wärmesektor sind die Unternehmen etwas zurückhaltender als in den Vorjahren. Während 2021 rund 47 % der Befragten angaben, auf CO₂-ärmere Wärmeerzeuger umrüsten zu wollen oder dies bereits getan zu haben, sind es in diesem Jahr mit 38 % fast 10 %-Punkte weniger. Aktuell lange Lieferzeiten, Material- und Fachkräftemangel hemmen die Umsetzung von Maßnahmen im Wärmebereich. Rund 41 % aller befragten Unternehmen schließen Kreisläufe durch Abwärmenutzung oder haben dies vor (Vorjahr: 46 %). In der Industrie liegt der Umfragewert wie in den Vorjahren bei drei Viertel. Dort sind ungenutzte Abwärme-Potentiale ein größerer Kostenfaktor und häufig schon länger ausgeschöpft.

4.3 Klimastrategie und Treibhausgasbilanzierung

Die Beschäftigung mit der eigenen Treibhausgasbilanz landet in diesem Jahr erstmals unter den Top 10 Maßnahmen der Unternehmen zur Reaktion auf die Entwicklungen in Energiewirtschaft und -politik (vgl. Abb. 10). Dies zeigt, dass die Unternehmen die Krise als Motor nutzen und weiter zukunftsgerichtet agieren wollen.

Betriebliches Klimaschutzmanagement dient nämlich nicht nur dazu, langfristig klimaschonend am Standort Bayern wirtschaften zu können. Es hilft auch in der kürzeren Frist, Potentiale für den Umbau der betrieblichen Energieversorgung zu identifizieren und Erfolge zu dokumentieren – z. B. im Fuhrpark, bei Strom- und Wärmeversorgung.

Abb. 11: Treibhausgasbilanzierung als Reaktion auf Veränderungen in Energiewirtschaft und -politik, nach den Ambitionsniveaus Scope 1, 2 und 3



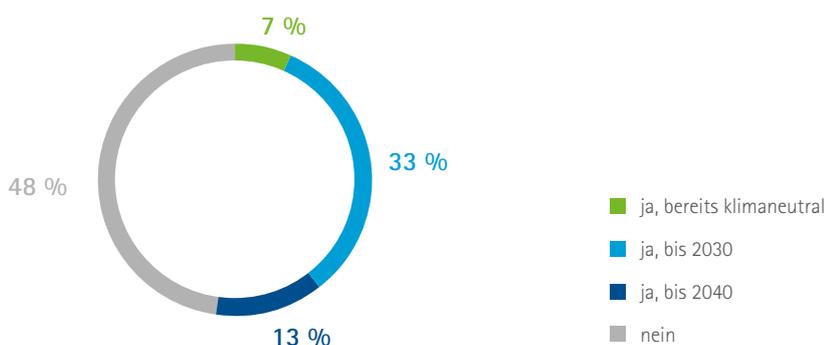
Ein beachtlicher Anteil der 2022 befragten Unternehmen hat bereits eine Treibhausgasbilanz erstellt. Wie Abb. 11 erkennen lässt, kommt dieses Instrument in der Industrie schon viel flächendeckender zum Einsatz als in der Gesamtwirtschaft. Die Unternehmen gehen bei der Bilanzierung unterschiedlich ambitioniert vor (Scope 1, 2 oder 3).

Bei den bayerischen Unternehmen erfreut sich Scope 1 der größten Beliebtheit. Dabei werden alle Emissionen, die direkt durch die eigene Geschäftstätigkeit entstehen erfasst – z. B. durch Einsatz von Brennstoffen bei der Herstellung eigener Produkte. Rund 44 % der 2022 befragten Unternehmen kennen diese aus ihren Prozessen resultierenden Treibhausgasemissionen bereits, arbeiten daran oder planen sie zu erfassen (Industrie: mehr als zwei Drittel). Das ist ein Plus von 8 %-Punkten im Vergleich zum Vorjahr.

Auch Bilanzierungen auf dem zweiten und dritten Ambitionsniveau werden zunehmend häufiger durchgeführt. Scope 2 umfasst den indirekten Ausstoß durch zugekaufte Energie, die für eigene Prozesse benötigt wird. 40 % aller Betriebe – und 63 % der Industrieunternehmen – erfassen diese Ebene oder haben es vor (2021: 34 %).

Am herausforderndsten für die Unternehmen ist Scope 3. Hier werden ergänzend alle weiteren indirekten Emissionen betrachtet, die bspw. durch Mobilität und Verpflegung von Mitarbeitern, Dienstreisen, zugekaufte Waren und Dienstleistungen oder Nutzung, Entsorgung und Recycling der eigenen Produkte anfallen. Solche Informationen sind oft nicht oder nur sehr eingeschränkt verfügbar und in ihrer Beschaffung mit erheblichem Mehraufwand verbunden. 9 % aller Befragten bilanzieren dennoch bereits auf dieser komplexen Ebene, 28 % stecken in den Berechnungen oder haben es vor (2021: 8 % bzw. 21 %). In der Industrie befassen sich bereits 57 % der Unternehmen mit ihren Emissionen im Scope-3-Bereich.

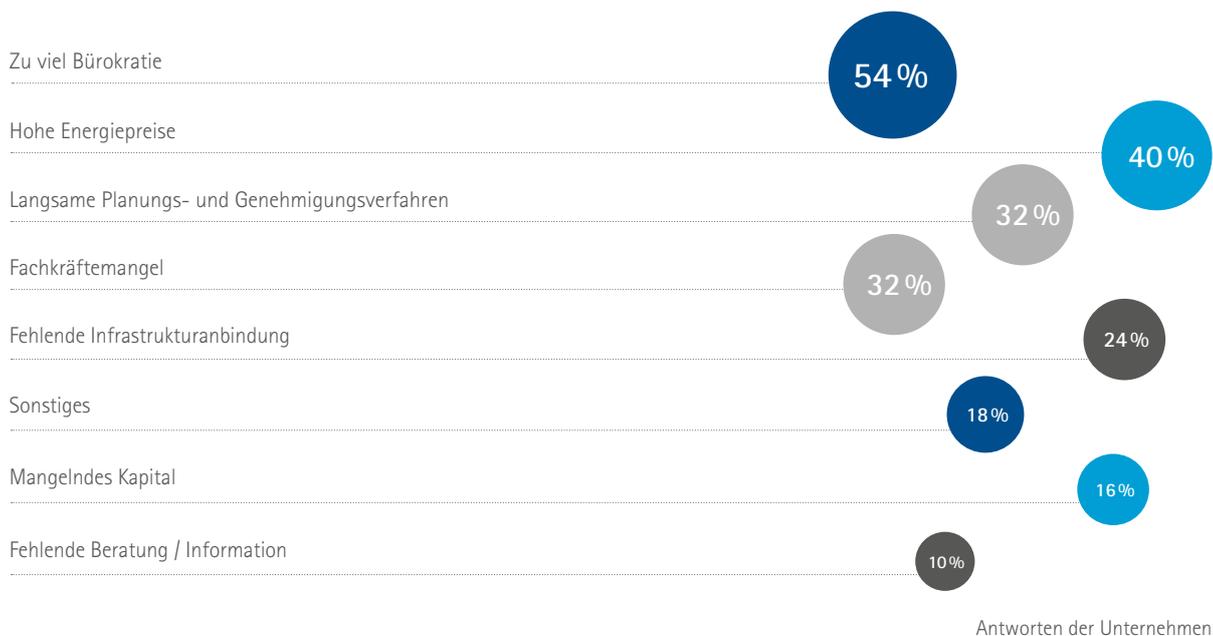
Abb. 12: Hat es sich Ihr Unternehmen zum Ziel gesetzt, klimaneutral zu werden?



Nicht nur die Klimabilanzierung, sondern auch das Thema Klimaneutralstellung beschäftigt die bayerische Wirtschaft. Rund 46 % der 2022 befragten Betriebe geben an, ein Klimaneutralitätsziel zu verfolgen, 7 % wirtschaften nach eigenen Angaben bereits klimaneutral (Industrie: 53 % bzw. 8 %) ¹⁰. Rund 48 % der Unternehmen haben sich bislang keine eigenen Ziele in Sachen Klimaneutralität gesteckt.

¹⁰ Der Begriff „Klimaneutralität“ ist nicht einheitlich definiert. Nicht abgefragt wurde, auf welchem Bilanzierungsniveau (Scope 1 - 3) das Ziel „Klimaneutralität“ basiert. Ebenso wenig, ob und in welchem Umfang zur Klimaneutralstellung Kompensationsmechanismen außerhalb des eigenen Unternehmens zum Einsatz kommen, um bislang nicht vermeidbaren Treibhausgasausstoß auszugleichen.

Abb. 13: Was sind die 3 größten Hürden bei Ihren Bemühungen für mehr Klimaschutz?



Auf dem Weg zu klimaschonenden Prozessen und Geschäftsmodellen stoßen die Unternehmen auf vielfältige Hindernisse. Abb. 13 zeigt, dass vor allem der bürokratische Aufwand im Wege steht: über die Hälfte der Befragten zählt ihn zu den drei größten Hürden. Eine fundierte betriebliche Klimastrategie geht mit vielfältigem Verwaltungsaufwand einher. Darunter die Festlegung und das Monitoren von Zielen, die Neuzuweisung von Aufgaben und Re-Organisation von Prozessen und die etwaige Befassung mit Beratungs- und Förderangeboten. Hinzu kommen Berichtspflichten etwa im Rahmen von Managementsystemen, der Verwendung von zertifizierten Bilanzierungssystemen oder Klimaschutz-Labels.

Als besonders herausfordernd stufen die bayerischen Unternehmen außerdem die hohen Energiekosten ein. Der Umstieg auf klimaschonende Technologien, die oft auf Strom oder auch Gas (z. B. im Sinne der H₂-Readiness) basieren, wird durch die aktuell hohen Preise erschwert. Gleichzeitig versuchen viele Unternehmen, ihre finanziellen Ressourcen zur Bewältigung der aktuellen Lage vorzuhalten und stellen geplante Investitionen erstmal zurück (vgl. Kapitel 2.3, Abb. 6).

Jeweils knapp ein Drittel der Unternehmen sieht langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie den Mangel an Fachkräften als einen der drei größten Hemmschuhe beim Klimaschutz. Sowohl behördenseitig als auch im Handwerk sowie in den betreffenden Unternehmen selbst fehlt es an Personal, welches anstehende Maßnahmen zur Reduktion von Emissionen zügig umsetzen könnte. Ein Viertel beklagt zudem fehlende Infrastruktur. Bspw. mangelt es oft an Netzen und Leitungen, um die Umstellung auf CO₂-arme Energieversorgung zu bewerkstelligen.

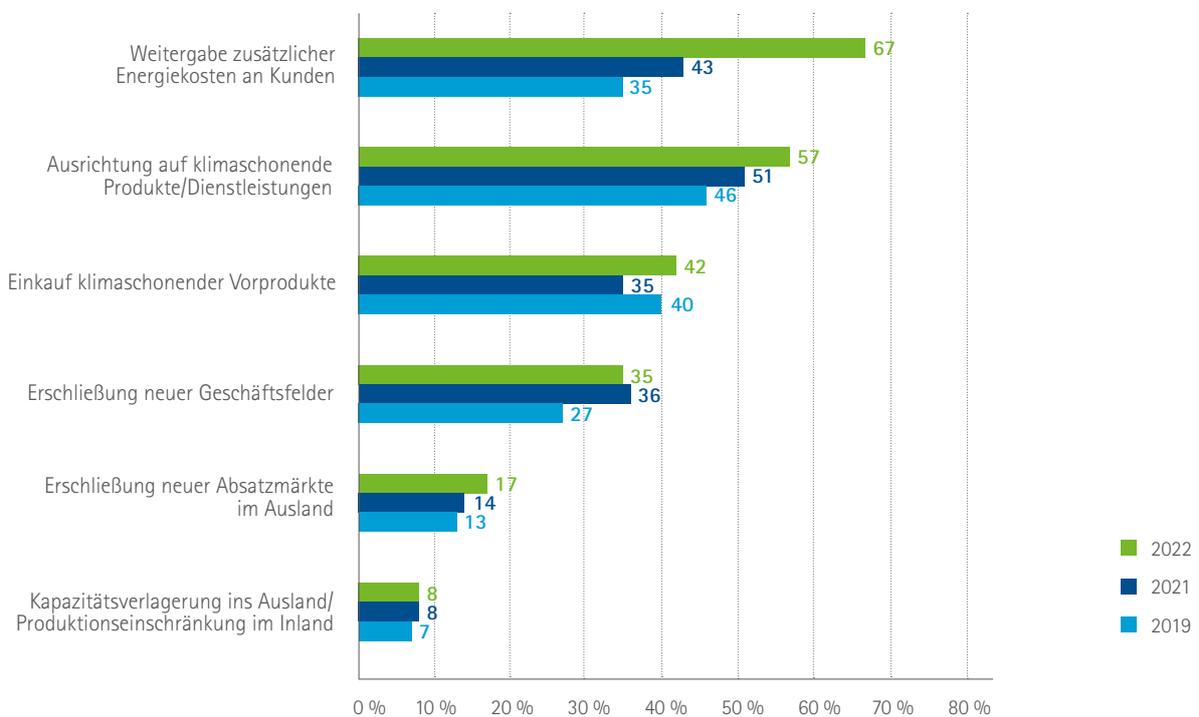
5. Außenbeziehungen verändern sich: Unternehmen geben Impulse vermehrt weiter

Die Auswirkungen der hiesigen Entwicklungen im Energiebereich schlagen sich auch auf die Außenbeziehungen der Unternehmen nieder. Wachsende Kostenlast und Planungsunsicherheit, steigende politische Anforderungen und die strategische Neuausrichtung der Betriebe hin zu nachhaltigem Wirtschaften übertragen sich auf Kunden und Lieferanten im In- und Ausland.

Einerseits können die Unternehmen dadurch innovative Prozesse und technologische Lösungen über ihre Lieferketten und Handelsbeziehungen weitergeben und andernorts den Wandel anstoßen. Andererseits können diese Weitergabeneffekte ein Zeichen für schwindende Wettbewerbsfähigkeit am Standort sein, wenn bspw. Preise für Energie, Strom oder CO₂-Emissionen höher liegen als im Ausland oder betriebswirtschaftlich schlicht nicht mehr darstellbar sind.

Die aktuelle Energiekrise beeinflusst die Außenbeziehungen der bayerischen Unternehmen deutlich (vgl. Abb. 14). Über zwei Drittel der Befragten geben an, zusätzliche Energiekosten an Kunden weiterzugeben oder dies vorzuhaben. In der Industrie müssen inzwischen 83 % auf diese Strategie zurückgreifen (jeweils ein Plus von rund einem Viertel im Vorjahresvergleich).

Abb. 14: Energiewendebedingte Maßnahmen mit Außenwirkung, die geplant, in Umsetzung oder schon realisiert sind (Mehrfachnennungen möglich)



Hinweis: Die Maßnahmen mit Außenwirkung wurden 2020 aufgrund der Corona-Lage nicht abgefragt. Die Ergebnisse für 2019 lassen einen Vergleich zur Vorkrisen-Situation zu.

Antworten der Unternehmen

Die Weitergabe von Zusatzkosten dient vor allem der kurzfristigen Sicherung gegen einen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig bedeutet die Weitergabe von Zusatzkosten an Dritte aber nur eine Verlagerung finanzieller Engpässe und kann sich wiederum negativ auf Absätze und Geschäftsbeziehungen auswirken.

Trotz der vergangenen Krisenmonate stellen immer mehr Unternehmen auf klimaschonende Produkte und Dienstleistungen um (plus 6 %-Punkte zu 2021) und treffen entsprechende Beschaffungsentscheidungen bei Vorprodukten (plus 7 %-Punkte). Vor allem in der Industrie sind die vorgelagerten Lieferketten ein wichtiger Hebel, um Klimastrategien umzusetzen. Dort achten mit knapp 56 % schon wesentlich mehr auf den CO₂-Fußabdruck ihrer Vorprodukte.

Von allen Befragten gaben 35 % an, neue Geschäftsfelder erschlossen zu haben oder daran zu arbeiten, um den Entwicklungen in Klima- und Energiepolitik gerecht zu werden. Ein deutliches Plus seit der letzten Umfrage vor der Corona-Pandemie. Für 17 % sind Absatzmärkte außerhalb Deutschlands interessant (Industrie: 38 %).

Eine Produktionsverlagerung ins Ausland bzw. deren Einschränkung im Inland ziehen Betriebe bei großem Wettbewerbsdruck in Erwägung. Das gefährdet Arbeitsplätze und Knowhow vor Ort. Zudem werden durch mehr Produktion in Ländern mit geringen Umweltstandards Emissionen schlicht verlagert. Die Verlagerungstendenzen haben sich seit 7 Jahren auf einem recht stabilen Niveau eingependelt. Von den 2022 befragten Unternehmen haben rund 8 % diese Maßnahme ergriffen oder sind gerade dabei. Die energieintensive Industrie hängt in ihren Standortentscheidungen vergleichsweise stark von energiepolitischen Rahmenbedingungen ab. Dort liegt der Wert daher mit gut einem Fünftel wie üblich deutlich höher. Aufgrund der geopolitischen Unsicherheiten ist die Tendenz dort aktuell rückläufig.

6. Nationale CO₂-Bepreisung: Unternehmen sehen Instrument weniger kritisch

Seit gut anderthalb Jahren ist das nationale Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) in Kraft. Es belegt die Emissionen in den Bereichen Gebäude und Verkehr mit einem Preis. Die Verhandlungen zur genauen Ausgestaltung verliefen zäh. Insbesondere die für betroffene Unternehmen zentralen Kompensationsmechanismen für den Ausgleich wettbewerbsgefährdender Zusatzkosten durch das nationale Emissionshandelssystem (nEHS) waren strittig.

Abb. 15 zeigt, wie die an der diesjährigen Umfrage beteiligten Betriebe in Bayern über das nEHS denken. Im Vorjahresvergleich fallen die Einschätzungen etwas optimistischer aus:

Im Schnitt über alle Branchen sehen weniger Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch den Bepreisungsmechanismus gefährdet (54 % stimmen einer Gefährdung (eher) nicht zu) oder erachten Entlastungen als notwendig (60 % sehen (eher) keinen Bedarf). Allerdings sieht immer noch jeweils ein Viertel der Betriebe die eigenen Geschäfte durch das nEHS (eher) gefährdet oder eine Entlastung als (eher) notwendig an (Industrie: 37 % bzw. 40 %).

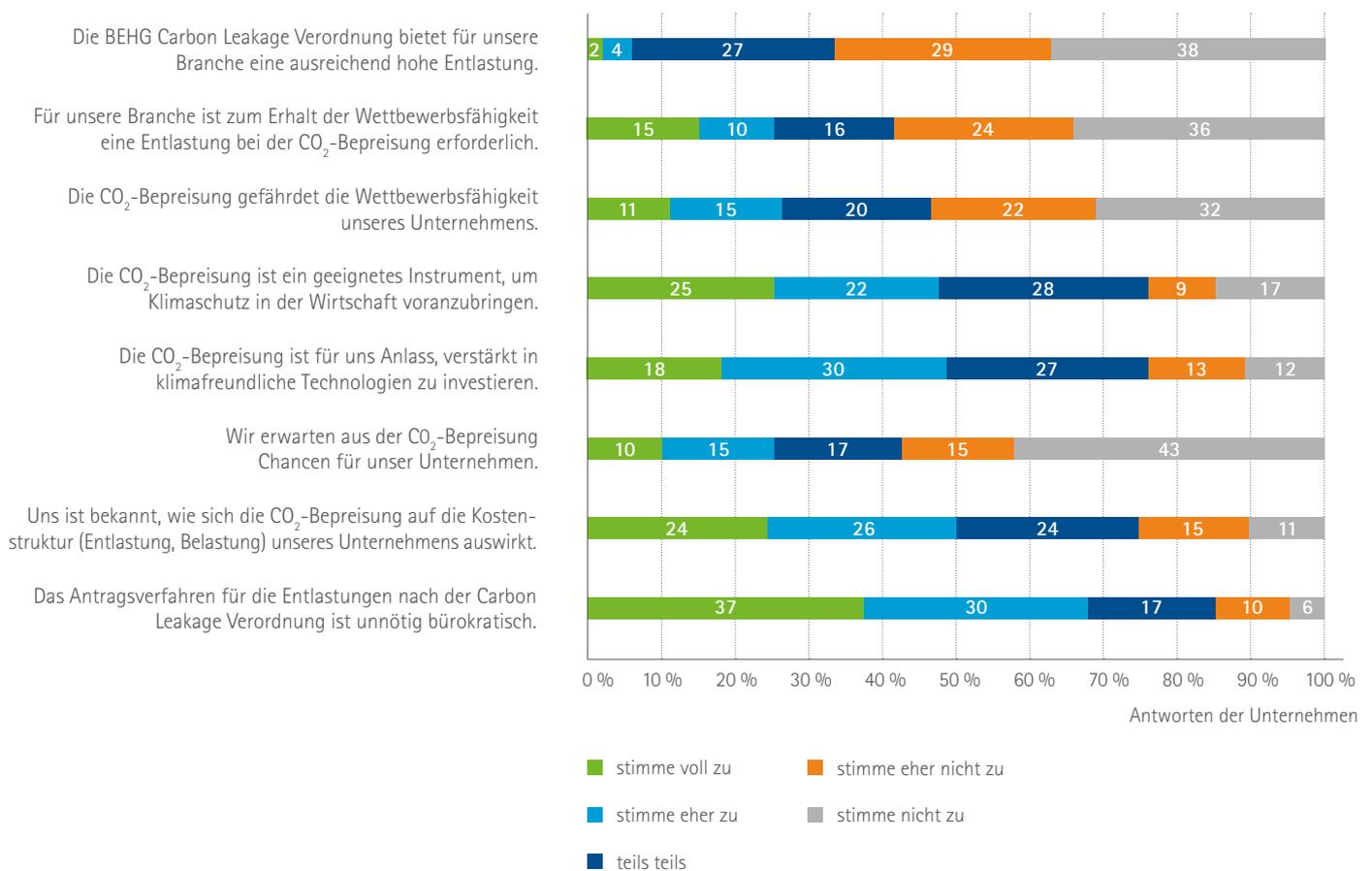
Die Unternehmen, die eine Entlastung nach der Carbon Leakage Verordnung beziehen, fühlen sich nach wie vor nicht ausreichend kompensiert. Jeweils über zwei Drittel aller Befragten erachten die Ausgleichszahlungen als nicht ausreichend (2021: 61 %) und das Antragsverfahren als unnötig bürokratisch.

Etwas mehr Unternehmen als 2021 betrachten das nEHS (eher) als Chance für die eigene Geschäftstätigkeit (25 %) – auch wenn nach wie vor weit mehr als die Hälfte der Betriebe dies (eher) nicht so sieht. Hier zeigt sich im Branchenvergleich besonders deutlich die unterschiedliche Betroffenheit: Während sich rund 30 % der Dienstleistungsunternehmen (eher) Chancen ausrechnen, sind es im Handel fast 20 %-Punkte weniger.

Knapp die Hälfte der Befragten sieht im nEHS einen Impuls für Klimaschutzinvestitionen. Ein Viertel der bayerischen Unternehmen teilt diese Meinung (eher) nicht.

Diese Ergebnisse sind vor dem Hintergrund einzuordnen, dass vielen Betrieben nach wie vor die Effekte des nEHS auf ihre eigenen Finanzen nicht klar sind. Über ein Viertel macht diese Angabe – mehr als im Vorjahr. Zusätzlich überlagern die krisenbedingten Preissteigerungen für Brennstoffe derzeit die Anreizwirkung des Emissionshandels ohnehin. Die Überlegungen hinsichtlich Aussetzen des vorgesehenen Preispfades und geplanter Erweiterungen des nEHS sind daher gerechtfertigt.

Abb. 15: Einschätzungen zur nationalen CO₂-Bepreisung



Hinweis: Durch Rundung können die Prozentangaben in der Grafik vom Text abweichen und summieren die Balken nicht immer auf 100 %.

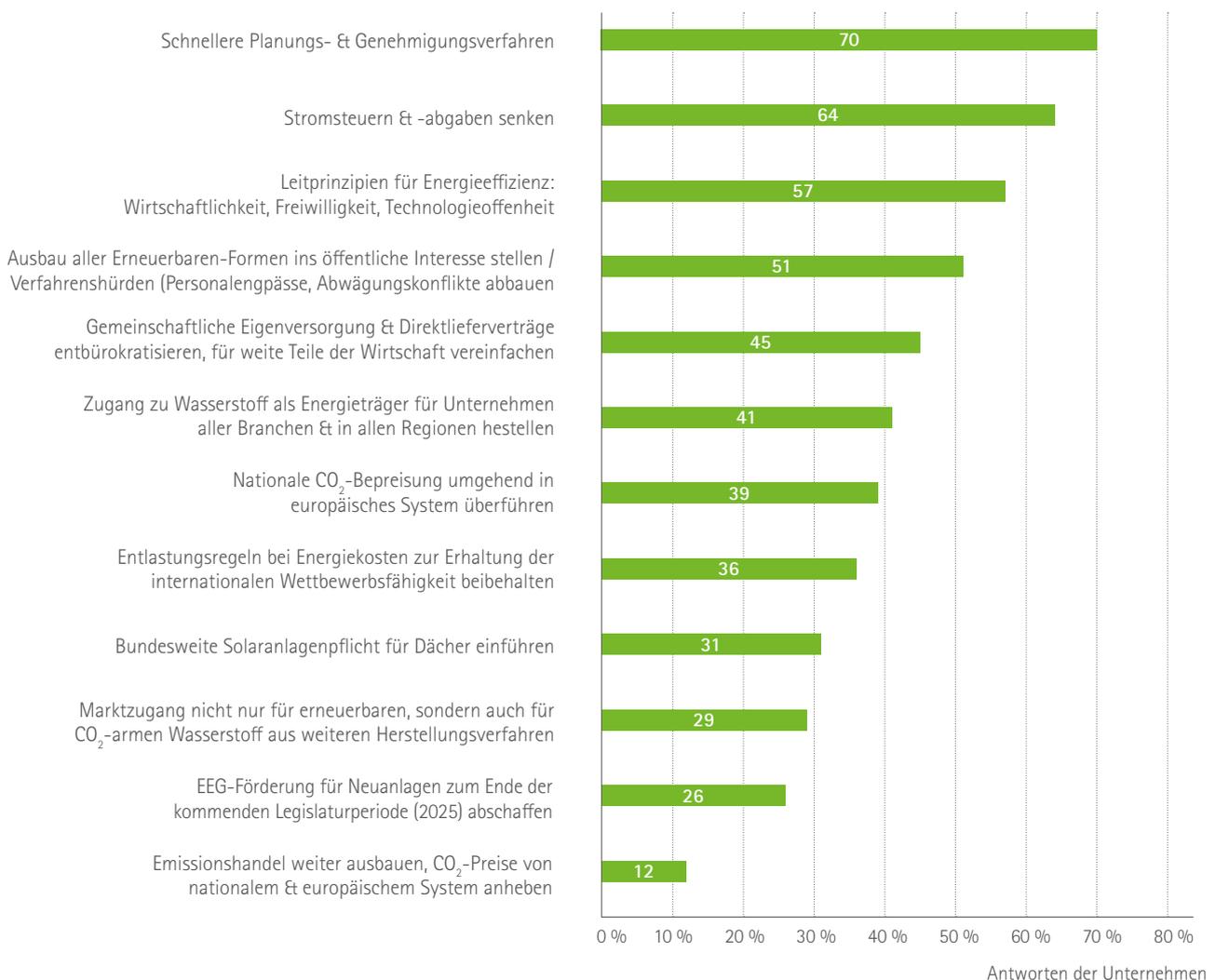
7. Forderungen an die Politik: Was die Unternehmen jetzt dringend brauchen

Hinter der Wirtschaft liegen turbulente Monate voller Herausforderungen und Unsicherheiten. Zusätzlich ist der Blick in die Zukunft derzeit trüb. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine verursacht geopolitische Instabilität, bringt große Unsicherheiten in außenwirtschaftlichen Beziehungen und hat eine Energie- und Rohstoffversorgungskrise ausgelöst.

Die bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmer kämpfen schon seit Beginn der Corona-Pandemie für ihre Betriebe und unseren Wirtschaftsstandort. Mit großer Flexibilität entwickeln sie immer neue Strategien, um auf die ständigen und rasanten Veränderungen bei Kosten, Versorgungslage und politischen Vorgaben zu reagieren.

An welchen Stellen kann – muss – die Politik sie dabei unterstützen? Abb. 16 zeigt, welche Maßnahmen sich die befragten Unternehmen von der Politik wünschen, um Energiewende und Klimaschutz sicher, bezahlbar und umweltverträglich gestalten zu können.

Abb. 16: Empfehlungen der 2022 befragten bayerischen Unternehmen an die Politik (Mehrfachantworten möglich)



Wie in den Vorjahren ist den Unternehmen in Bayern der Einsatz der Politik für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren (70 %) am wichtigsten. Im Branchenvergleich leidet vor allem die Bauwirtschaft unter zähen Verfahren – 79 % fordern hier Beschleunigung. Am zweitwichtigsten ist den Unternehmen, endlich Entlastungen beim Strompreis durchzusetzen. Mit 67 % bzw. 69 % sind diese Stimmen vor allem in Industrie und Handel laut.

Für die Stärkung von Energieeffizienz sollten aus Sicht der Mehrheit der Unternehmen (57 %) Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit als Leitprinzipien gelten. Diese Haltung spiegelt sich auch beim Ausbau erneuerbarer Energien wider: Eine verpflichtende Installation von Solaranlagen auf Dächern kommt nicht gut an – 69 % unterstützen dies nicht.

Beim Thema EEG ist sich 2022 nur gut ein Viertel der bayerischen Unternehmen sicher, dass ein Auslaufen der Förderung für Neuanlagen ab 2025 der richtige Schritt ist. Die aktuelle Lage an den Energiemärkten in Kombination mit Material- und Fachkräftengpässen bremsen das Vertrauen in einen rein marktgetriebenen Ausbau der Erneuerbaren im benötigten Umfang. Hinzu kommen überbordende Vorgaben bei gemeinschaftlicher Eigenversorgung und Direktlieferverträgen – 45 % fordern eine Entbürokratisierung (Industrie: 55 %).

Über die Hälfte der Betriebe plädiert in der diesjährigen Umfrage dafür, den Ausbau aller Formen der erneuerbaren Energien ins öffentliche Interesse zu stellen und Verfahrenshürden abzubauen. Dazu zählen Engpässe beim Personal in den Genehmigungsbehörden genauso wie Prüfkongflikte – zum Beispiel bei der Abwägung zwischen Umwelt- und Klimaschutzbelangen. Dass im Rahmen der diesjährigen EEG-Novelle schließlich auch die Wasserkraft als im öffentlichen Interesse stehend eingestuft wurde, wird diesen Forderungen gerecht.

Gut 40 % der Befragten wünschen sich, dass der Zugang zu Wasserstoff für Unternehmen aller Branchen und Regionen zur Verfügung steht. In der Gesamtwirtschaft sowie unter den Industriebetrieben fordert jeweils knapp ein Drittel, auch Wasserstoff aus CO₂-armen Herstellungsverfahren zuzulassen und im Markthochlauf nicht nur auf erneuerbare Produktion zu setzen.

Für einen Ausbau und ein stärkeres Preissignal des deutschen wie europäischen Emissionshandels spricht sich derzeit nur gut jedes zehnte bayerische Unternehmen aus. Angesichts der enormen Belastung durch die Energie- und Stromkosten nachvollziehbar. Rund die Hälfte der Industrieunternehmen fordert die Aufrechterhaltung der Energiekostenentlastungen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Knapp 40 % aller befragten Betriebe wünschen sich eine Vereinheitlichung der Emissionshandelssysteme auf europäischer Ebene.



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

Impressum

Verleger und Herausgeber:

Bayerischer Industrie- und Handelskammertag (BIHK) e. V.

Vorstand: Prof. Klaus Josef Lutz und Dr. Manfred Gößl

Max-Joseph-Straße 2, 80333 München

☎ +49 (0)89 5116-0

@ info@bihk.de

🌐 bihk.de

Fachliche Ansprechpartner:

Dr. Norbert Ammann ☎ 089 5116-1392 @ norbert.ammann@muenchen.ihk.de

Julia Goebel ☎ 089 5116-1797 @ julia.goebel@muenchen.ihk.de

Projektverantwortung und Bearbeitung:

Julia Goebel, IHK für München und Oberbayern

Gestaltung:

Ideenmühle GmbH, Eckental

Bildnachweis:

Titel: Composing Ideenmühle aus AdobeStock © flyalone & © maeching

Stand: September 2022

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.